



## **Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 22. - 23.09.2015:**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru*

### **Abends / nachts:**

Lug-info.com: Die Teilnehmer der Untergruppe zur Sicherheit haben heute Abend beschlossen Minsk zu verlassen, um ihre „Hausaufgaben“ zur Vorbereitung einer Vereinbarung über den Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm zu erledigen, teilte eine Quelle aus der Nähe der Verhandlungen mit. Dies habe der Koordinator der Gruppe der Botschafter Ertugrul Apakan mitgeteilt.

Die Teilnehmer der Untergruppe planen am 28. September zurückzukehren.

„Ihre Arbeit in Minsk wird morgen nur die politische Arbeitsgruppe fortsetzen“, sagte die Quelle.

Lug-info.com: Die Kontaktgruppe könnte sich am 29. September in Minsk zur Paraphierung einer Vereinbarung über den Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm treffen, wenn die Teilnehmer der Untergruppe zur Sicherheit den Text des Dokuments auf ihrer Sitzung am 28. September abschließend abstimmen, teilte eine Quelle aus der Nähe der Verhandlungen mit.

Ria.ru: Der Vertreter der OSZE bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe zur Ukraine Martin Sajdik hat seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass die selbstausgerufenen DVR und LVR entschlossen sind, ihre örtlichen Wahlen am 18. Oktober und am 1. November durchzuführen, trotz des Vorschlags, sie im Februar 2016 durchzuführen.

Nach seinen Worten war ein großer Teil der Diskussion in der politischen Untergruppe dem Vorschlag der LVR und der DVR gewidmet, die örtlichen Wahlen im Februar 2016 durchzuführen. Sajdik bemerkte auch, dass die Vertreter der LVR und der DVR im Verlauf der Diskussion erklärten, dass die zuvor für den 18. Oktober und den 1. November angesetzten Wahlen wie geplant laufen werden.

„In der Erörterung wurde deutlich, dass trotz dieses Vorschlags die Wahlen am 18. Oktober und am 1. November in einem großen Teil der einzelnen Gebiete der Lugansker und Donezker Oblaste stattfinden werden. Diese Tatsache wurde von den Vertretern der einzelnen Gebiete der Lugansker und Donezker Oblaste im Verlauf der Plenardiskussion bestätigt. In den Diskussionen, die folgten, wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass dies den Minsker Vereinbarungen widerspricht. In Zusammenhang mit einer solchen Entwicklung der Ereignisse möchte ich meine tiefe Enttäuschung ausdrücken“, erklärte Sajdik gegenüber Journalisten.

Ria.ru: Die selbstausgerufenen DVR und LVR könnten die Frage der Verlegung der örtlichen Wahlen erörtern, wenn Kiew „die Blockade des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass aufhebt“, teilte eine Quelle aus der Nähe der Verhandlungen mit.

„Wenn Kiew die Blockade des Gesetzes über den besonderen Status des Donbass aufhebt, sind die LVR und die DVR bereit, über eine Verlegung der Wahlen zu sprechen“, sagte er.

Er fügte hinzu, dass in einem solchen Fall die DVR und LVR „bereit sind als Zeitpunkt für die Durchführung der Wahlen den 21. Februar zu diskutieren“.

Er erklärte, dass die DVR und die LVR entschieden haben, die Wahlen am 18.10. und am 1.11. durchzuführen, weil „sie nicht die Absicht der ukrainischen Regierung sehen, ihre Interessen bei der Vorbereitung der örtlichen Wahlen zu berücksichtigen“.

Ria.ru: Die Vorschläge der DVR und der LVR zu Wahlen im Donbass, die am Dienstag in Minsk bekannt gegeben wurden, bewertet Kiew als ein Ultimatum, erklärte gegenüber der „Ukrainskaja Prawda“ der Vertreter der Ukraine in der politischen Untergruppe der dreiseitigen Kontaktgruppe Roman Bessmertnyj.

Am Dienstag fand in Minsk ein Treffen der Teilnehmer der dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass statt. Die Untergruppe zu politischen Fragen wird am Mittwoch in Minsk ihre Sitzung fortsetzen und am Freitag wird eine Videokonferenz der Teilnehmer der dreiseitigen Kontaktgruppe unter Beteiligung der Vertreter der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste stattfinden.

„Während der Arbeit der Untergruppe zu politischen Fragen wurde von den Vertretern unserer Gegenseite ein Dokument vorgelegt, das ich ein Ultimatum nennen würde. Es wurde so auch von dem Vertreter der OSZE aufgenommen – als Ultimatum“, sagte Bessmertnyj und antwortete, dass in dem Dokument „das unangenehmste war, dass sie Wahlen am 18. Oktober und am 1. November durchführen wollen“. „Dabei führen sie ihre Wahlen durch, gegründet nicht auf der Gesetzgebung der Ukraine, sondern auf irgendwelchen Festlegungen und Regeln“, fügte er hinzu.

„Und die Ukraine soll vier Fragen entscheiden: das Gesetz über die besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in Kraft setzen, Modalitäten für die Wahlen in der Redaktion, die von den Vertretern der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste vorgelegt wurden, annehmen, ein Gesetz über die Amnestie annehmen und in Kraft setzen und neu über die Verfassung der Ukraine in der von ihnen vorgeschlagenen Redaktion abstimmen“, fuhr er fort.

Der Vertreter Kiews unterstrich, dass „alles, was bis dahin in der Gruppe getan wurde, getan wurde, um die Wahlen am 18. Oktober und am 1. November zu vermeiden, weil sie faktisch jeden weiteren Dialog zerstören“. „Deshalb hat die ukrainische Seite die heutigen Erklärungen als Ultimatum aufgefasst. So haben sie auch die OSZE-Vertreter aufgenommen“, erklärte Bessmertnyj.

Ria.ru: Die Vertreter der Ukraine bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe haben nicht die Illusion, dass die selbstausgerufenen LVR und DVR von der Durchführung der örtlichen Wahlen in den zuvor genannten Fristen Abstand nehmen, erklärte gegenüber Journalisten der ehemalige Botschafter der Ukraine in Weißrussland, der Vertreter der Ukraine in der Untergruppe zu politischen Fragen Roman Bessmertnyj.

„Der ganze Prozess lief darauf hinaus, dass es möglich ist irgendwo, in der Perspektive, die Fragen des Wahlprozesses zu synchronisieren, weiterzukommen und einen Fortschritt in den Fragen der Absage der Wahlen am 18. Oktober und am 1. November zu erreichen, aber heute wurde offensichtlich, dass bei jeder Entwicklung der Situation die Wahlen am 18.10. und am 1.11. stattfinden werden“, sagte Bessmertnyj.

Er meint, dass die Durchführung der Wahlen in den selbstausgerufenen Republiken zu diesen Zeitpunkten eine unvorhersagbare und gefährliche Situation schafft. „Dies legt eine Mine unter den gesamten Prozess. Und wann diese Mine explodiert, ist sehr schwer zu prognostizieren“, sagte er.

Ria.ru: Der Außenminister der Ukraine Pawel Klimkin erklärte, dass er kategorisch gegen einen Beginn des Dialogs über die Verlängerung der Gültigkeit der Minsker Vereinbarungen nach 2015 ist.

„Ich bin tatsächlich kategorisch dagegen, ein Gespräch bezüglich der Verlängerung von „Minsk“ zu führen“, sagte der Minister in einer Sendung des ukrainischen Fernsehsenders „Telekanal 24“, als Antwort auf die Frage, welche Handlungen Kiew nach der Beendigung der Gültigkeit der Minsker Vereinbarungen 2015 unternehmen wird.

## **23.09.2015**

Dan-news.info: Die Untergruppe der Kontaktgruppe zu Fragen der Sicherheit hat bei den Verhandlungen in Minsk aufgrund der kompromisslosen Position der ukrainischen Seite bezüglich des Zeitplans des Abzugs keinen Text über einen weiteren Abzug von Waffen vereinbart, teilte der Pressedienst des Leiters der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung im Donbass, der Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin mit.

„Das Dokument über den Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm wurde leider noch nicht abgestimmt. Grundlegender Stein des Anstoßes ist der Zeitplan für den Abzug von Waffen. Für uns ist der Abzug an der gesamten Linie wichtig, ohne dass Abschnitte ausgenommen werden, sowie eine völlige Parität unter allen Bedingungen“.

Kiewer besteht weiterhin darauf, dass in der jetzt diskutierten Vereinbarung ein schrittweiser Abzug von Technik vereinbart wird. „Sie wollen zuletzt in vier Abschnitten der Kontaktlinie abziehen: von unserer Seite sind das Donezk und Gorlowka, von der Seiten der LVR die Bachmutker Straße und der Popasnaja-Bezirk“, erklärte der Pressedienst.

Es wurde hinzugefügt, dass die ukrainische Seite ihre Position bezüglich der Fristen für den Abzug der Technik weiter ändert. „Zu Anfang waren es 72 Tage, dann 55, jetzt 41, aber das ist ausschließlich die Sicht der ukrainischen Seite: niemand sagt, dass wir damit einverstanden sind“, unterstrich der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass die Diskussion über den Abzug von Technik fast die ganze Zeit der Arbeit der Untergruppe eingenommen hat, deshalb wurde die Frage der Demilitarisierung von Schirokino auf diesem Treffen nicht erörtert.

Dan-news.info: Die Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung des Konflikts und ihre vier Untergruppen werden am 29. September in Minsker Verhandlungen führen, teilte der Leiter der Delegation der DVR in Minsk Denis Puschilin mit.

Für den 25. September ist eine Videokonferenz der Kontaktgruppe geplant.

Lug-info.com: Die Arbeit der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe wird möglicherweise schon am Sonntag, den 27. September, wiederaufgenommen, teilte der Bevollmächtigte der LVR Wladislaw Dejnogo mit.

Ria.ru: Die selbstausgerufenen DVR und LVR haben abschließend entschieden, die örtlichen Wahlen am 18. Oktober bzw. am 1. November durchzuführen, Grundlagen für eine Absage gibt es nicht, teilte eine Quelle aus der Nähe der Verhandlungen mit.

Die Vertreter der DVR und der LVR haben zuvor erklärt, dass sie vorhaben die Wahlen am 18.10. bzw. am 1.11. durchzuführen. Danach teilten sie mit, dass sie bereit seien die Wahlen abzusagen, wenn von Seiten Kiews „ein Vorschlag gemacht werde, den man nicht ablehnen könne“, beispielsweise, dass die Blockade des Gesetzes über einen besonderen Status einzelner Gebiete der Donbass aufgehoben würde.

„Die Ukraine hat das ignoriert, sie meinen, dass sie immer weiter reden und sie nicht absagen. Die Republiken des Donbass haben keine Grundlage für eine Absage der Wahlen“, sagte die Quelle.

Lug-info.com: Erklärung des Oberhaupts der LVR Igor Plotnizkij

Die Ukraine hat selbst ein Ultimatum gestellt.

Es ist unverständlich, warum unser Vorschlag, abgestimmte örtliche Wahlen am 21. Februar durchzuführen, von den offiziellen Personen der Ukraine als Ultimatum aufgefasst wurde. Im Gegenteil, wir haben den Weg zu einem Kompromiss aufgezeigt.

Der Zeitpunkt der Wahlen wurde innerhalb der Fristen der Erfüllung von „Minsk-2“ festgelegt.

Wenn die Ukraine die Sabotage und Imitation beendet und unmittelbar mit ihrer Erfüllung beginnt, dann kommt in etwa dieses Datum heraus.

Es ist folgerichtig notwendig, Punkt für Punkt den Maßnahmekomplex zu erfüllen: besonderer Status, Amnestie, eine abgestimmte Verfassungsreform, ein abgestimmtes Gesetz über Wahlen. Wir haben die Fristen zur Erfüllung der Prozeduren in genauer Übereinstimmung mit den Gesetz der Ukraine berücksichtigt – die Regelungen für Verfassungsänderungen, das Reglement der Rada, die Fristen für die Ausrufung und Vorbereitung von Wahlen. Es kam der 21. Februar heraus. Wir haben uns mit Achtung zu den Gesetzen und Regeln der Ukraine verhalten, und sie fassen das als Ultimatum auf. Aber in unseren Vorschlägen gibt es nur die Forderungen, die in „Minsk-2“ festgelegt sind. Diese Forderungen sind von der Ukraine unterzeichnet worden. Ist es so, dass Poroschenko die Minsker Vereinbarung als Ultimatum auffasst? Das er selbst unterschrieben hat? Eine unverständliche Logik.

Mir scheint, Petr Alexejewitsch sollte weniger nervös sein, sich beruhigen. Und ruhig unsere Vorschläge studieren.

Dan-news.info: Das offizielle Kiew hat keine folgerichtige Position in der Frage der Durchführung der örtlichen Wahlen im Donbass formuliert und dies behindert die Teilnehmer des Verhandlungsprozesses in Minsk zu einem Konsens zu kommen, erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen Denis Puschilin.

„In der politischen Untergruppe wurde die Situation mit den Wahlen, die am 18. Oktober bei uns und am 1. November in der DVR stattfinden, sehr breit erörtert. Wir haben unsere Vorschläge übergeben und haben eine Erörterung bezüglich der weiteren Etappen der Wahlen begonnen, über die gestern Wladislaw Dejnego gesprochen hat. Aber bisher wurde kein Verständnis, keine einheitliche Positionen ausgearbeitet. Kiew weiß bisher nicht, was es will“.

Dan-news.info: Erklärung des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko

„Die Erklärung Poroschenkos und seines Vertreters bei den Minsker Verhandlungen Kutschma über die Notwendigkeit des Eintritts der Ukraine in die NATO ist auf das Scheitern der Minsker Verhandlungen gerichtet. Wenn die Ukraine beginnt, ein Referendum über einen Eintritt in die NATO oder andere Prozeduren vorzubereiten, wird die DVR sofort aus den Minsker Vereinbarungen ausscheiden und mit der Befreiung des gesamten Territorium des Donbass von der Kiewer Okkupation beginnen. Ich bin überzeugt, dass auch viele andere Regionen der Ukraine sie in diesem Fall verlassen werden.“

Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko